

Politik

Berliner Initiative rügt Gaza-Flottille

Prominente fordern Unterstützung für Israel

VON HARRY NUTT

BERLIN. Die meisten Schiffe der umstrittenen Gaza-Flottille, die beabsichtigt, die israelische Seeblockade des Gaza-Gebietes zu durchbrechen, befinden sich noch immer im Hafen von Athen. Die griechische Regierung hat allen Schiffen mit dem Ziel Gaza das Auslaufen verboten, zudem ist an zwei der zehn Schiffe die Antriebswelle schwer beschädigt worden. Einer der Organisatoren, die Irish Ship to Gaza (ISG), beschuldigt Israel, professionelle und kalkulierte Sabotage-Akte verübt zu haben.

In Deutschland wird ebenfalls heftig über die Gaza-Flottille gestritten. Udo Steinbach, der deutsche Schirmherr der sogenannten Freedom Flotilla II, bekräftigte seine Solidarität mit den Palästinensern und unterstützte das Anliegen, gewaltlos gegen die nach seiner Einschätzung illegale Belagerung des Gaza-Streifens vorzugehen.

Eine Berliner Initiative fordert hingegen die Bundesregierung auf, Israel in dieser Frage eindeutig zu unterstützen. „Die deutsche Politik und die deutsche Gesellschaft müssen jetzt entschieden und geschlossen an der Seite Israels stehen“, heißt es in dem Aufruf, den unter anderem die Publizistin Lea Rosh, Lala Süsskind, Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, und der Berliner Kulturstaatssekretär André Schmitz unterzeichnet haben.

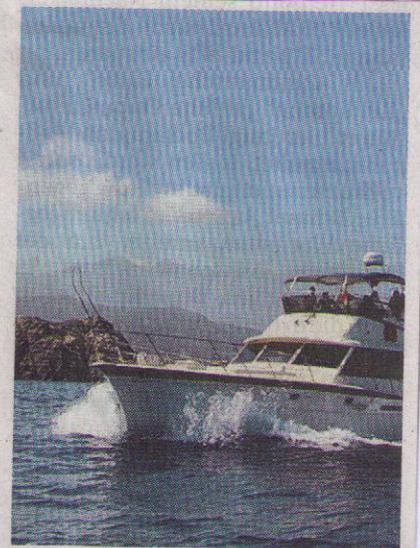
„Besondere Verpflichtung“

Er habe sich seit Jahren in erinnerungspolitischen Fragen engagiert, begründete Schmitz seine Unterschrift. „Ich finde, wir Deutsche haben gegenüber dem Staat Israel eine besondere Verpflichtung“, sagte er der Berliner Zeitung. Die erste Flottille habe er als deutliche Provokation Israels empfunden. „Woraus nicht der Schluss gezogen werden darf, dass ich das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung bestreite.“

Lala Süsskind erklärte: „Ich kann die Diskussion um die Sonderstellung Israels nicht mehr ertragen.“ Keinem anderen Staat der Welt werde das Existenzrecht derart bestritten. „Wer die Blockade kritisiert, sollte sich zunächst einmal das Völkerrecht ansehen.“

Weiter heißt es in dem Aufruf, Israel habe das Recht zur Selbstverteidigung. Die Blockade Gazas sei erforderlich, um Waffentransporte vom Meer aus an Terroristen zu unterbinden. Die Freedom Flotilla II sei keine Hilfsflottille, der Bruch der Gaza-Blockade sei eine strafrechtliche Handlung. Die Gefahr von Toten und Schwerverletzten werde in Kauf genommen. „Die Blockade ist nach internationalem Recht legitim und Israel hat sogar die Pflicht, die Blockadebrecher zu stoppen“, heißt es in dem Berliner Aufruf.

Mit dieser Frage hat sich auch Wolff Heintschel von Heinegg befasst, Völkerrechts- und Seerechts-Experte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder. In einem Interview sagte er, die israelische Blockade sei grundsätzlich zulässig, weil es sich um einen bewaffneten Konflikt handle. Dies sei in rechtlichen Analysen nie in Zweifel gezogen worden. Andere Völkerrechtler widersprechen ihm jedoch entschieden. Heineggs emeritierter Hamburger Kollege Norman Paech hatte sich 2010 selbst an der ersten Gaza-Flottille beteiligt. (mit BLZ)



AFP/MURIELLE KASPRZAK

Ein Schiff der Gaza-Flottille mit Franzosen an Bord